

Inhalt

- 3 Wettbewerb:** Die Teilnehmer beim europaweiten Wettbewerb zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung für serielles Bauen stehen fest. Nun werden konkrete Angebote eingereicht.
- 4 Sachsen:** Der Freistaat kann wieder wachsen. Viele junge Menschen zieht es einer Studie zufolge gen Osten. Doch es gibt in einigen Bereichen auch Handlungsbedarf.
- 6 Sonder-wi:** Wenige Tage vor der Bundestagswahl am 24. September ist eine Online-Sonderausgabe der „wi – wohnungspolitische Informationen“ erschienen.

Letzter #WohWiTalk vor der Bundestagswahl – Wer wählt wie und warum?

Berlin – Wie funktioniert der Bundestagswahlkampf und welche Standpunkte vertreten die Parteien zu den wichtigen Themen der Wohnungswirtschaft? Mit Blick auf die Reichstagskuppel und die Hauptstadt-Skyline fand am 7. September 2017 auf dem Dach des Deutschen Bundestages der abschließende #WohWiTalk des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW statt. Die ehemaligen Bundestagsabgeordneten Leo Dautzenberg (CDU) und Klaus Uwe Benneter (SPD) diskutierten mit GdW-Präsident Axel Gedaschko und dem Bestsellerautor und Unternehmer Roman Maria Koidl. Im Online-Livestream konnten zahlreiche Zuschauer die Diskussion verfolgen und im Chat Fragen an die Teilnehmer stellen.



Die Podiumsteilnehmer des letzten WohWi-Talks vor der Bundestagswahl diskutierten unter anderem das Wahlverhalten der Deutschen.

Die Runde diskutierte den aktuellen Wahlkampf der Parteien, die politischen Herausforderungen der neuen Regierung und potenzielle Gefahren für die Demokratie. Moderiert wurde der Talk von Dr. Daniel Delhaes, Korrespondent beim Handelsblatt. Aus seinem aktuellen Buch „Warum wir IRRE wählen“, lieferte Roman Maria Koidl wichtige Diskussions- und Denkanstöße.

Das Thema Wohnen ist außen vor im Bundeswahlkampf 2017

Obwohl brisant und hochpolitisch, wurde das Thema Wohnen weder im TV-Duell mit den Kanzlerkandidaten noch im Wahlkampf von den Parteien zu einem der großen Schwerpunkte. „Die Anforderungen sind komplex. Die Probleme beim Thema Wohnen können nicht innerhalb einer

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Umsatz im Bauhauptgewerbe gestiegen

Im Juni 2017 waren die Umsätze im Bauhauptgewerbe um 3,4 Prozent höher als im Juni 2016. Wie das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Ergebnissen weiter mitteilte, waren zugleich im Juni 2017 im Bauhauptgewerbe 2,8 Prozent mehr Beschäftigte tätig als im Vorjahresmonat. (wi)

Weniger Unternehmensinsolvenzen

Im ersten Halbjahr 2017 meldeten die deutschen Amtsgerichte 10.246 Unternehmensinsolvenzen. Das waren 6,7 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dies teilt das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Ergebnissen mit. Unternehmen des Baugewerbes stellten 1.793 Insolvenzanträge. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger aus beantragten Unternehmensinsolvenzen beliefen sich nach Angaben der Amtsgerichte im ersten Halbjahr 2017 auf knapp 9,4 Milliarden Euro. (wi)

Europäische Union fördert mehr Hotspots

Das Europaparlament hat am 12. September 2017 grünes Licht für die Umsetzung der „wifi4eu-Initiative“ gegeben. So soll auch in abgelegenen Dörfern schnell und kostenlos gesurft werden können. Die Europäische Union stellt dafür 120 Millionen Euro bereit. Kommunen können sich für die Förderung bewerben. Die Hotspots sollen in den Zentren des öffentlichen Lebens installiert werden. (wi)

Fortsetzung von Seite 1

Legislaturperiode gelöst werden“, stellte GdW-Präsident Axel Gedaschko fest. „Keine Regierung kann damit schnelle Erfolge feiern.“ Die Wohnungswirtschaft fordert aus diesem Grund für die nächste Legislaturperiode ein eigenes Bauministerium mit Zuständigkeit für die Themen Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung, Smart Cities, Raumordnung, digitale Infrastruktur und Energieeffizienz.

Eine politische Krise?

Eine weitere Erklärung für das Fehlen ‚echter‘ Themen im Wahlkampf sieht Roman Maria Koidl in der Art des Wahlkampfes und dem generellen Verlust des politischen Diskurses. „Die Wahlkampagnen sind getrieben von den Sozialen Medien und geprägt von allen möglichen Versprechen. Jeder bekommt das zu hören, was er hören möchte“, so Koidl. Somit sei die Auseinandersetzung mit politischen Ideen obsolet, es fände keine Willensbildung mehr statt. „Die Wahlentscheidung ist keine politische Entscheidung mehr, sondern eine Konsumententscheidung.“ Hierin sieht Koidl eine politische Krise und echte Gefahr für die Demokratie.

Viele Vorschläge sind gescheitert

„Viele Ideen zum Thema Wohnungsbau,



Fotos: Tina Merkau

Auf dem Dach des Reichstagsgebäudes in Berlin: GdW-Präsident Axel Gedaschko, Roman Maria Koidl, Leo Dautzenberg, Klaus Uwe Benneter und Dr. Daniel Delhaes (v.l.).

wie zum Beispiel die steuerliche Förderung für den Mietwohnungsbau, gab es schon, sie sind jedoch an verschiedenen Stellen gescheitert“, so Leo Dautzenberg (CDU) und Axel Gedaschko (GdW) einhellig. Die Diskutanten waren sich einig, dass dies auch an den verschiedenen Zuständigkeiten und Kompetenzebenen zwischen

Bund und Ländern liege.

Eine neue Diskussionskultur

Im Hinblick auf die neue Regierung und den politischen Diskurs erhofft sich Leo Dautzenberg (CDU) eine neue Diskussionskultur: „Es muss wieder eine Auseinandersetzung mit Inhalten stattfinden.“

„Politik muss durch eine breite Repräsentation wieder attraktiv gemacht werden“, meinte Klaus Uwe Benneter (SPD).

Um dem drohenden Demokratieverlust entgegenzutreten, „brauchen wir vor allem Politiker, die die Digitalisierung und ihre Auswirkung wirklich verstehen. Menschen, die sich informieren und kritisch mit der Politik und dem System auseinandersetzen“, argumentierte Roman Maria Koidl.

Axel Gedaschko (GdW) schloss die Runde mit dem Wunsch, „dass die neue Bundesregierung ihr politisches Handeln so ausrichtet, dass sich auch Normalverdiener wieder eine neue Wohnung leisten können.“ (koc) ■



Alles im Blick. Die Diskussion wurde wie die vorherigen #WohWiTalks live ins Internet übertragen.

Die Wohnungswirtschaft zur Bundestagswahl 2017



Seit März diesen Jahres hat der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen insgesamt sieben Mal erfolgreich sein neues Diskussionsformat, den #WohWiTalk, veranstaltet.

Zu jeder Gesprächsrunde ist ein Booklet mit Fakten und Grafiken zu dem jeweiligen Oberthema erschienen. Beispielsweise zum Klimaschutz, zur Integration oder zur sozialen Verantwortung.

Die aufgezeichneten Talks sowie die dazugehörigen Publikationen finden Sie gesammelt auf der Seite wahl2017.wohnungswirtschaft.de oder indem Sie diesen QR-Code scannen.



Serielles Bauen: Erfolgreicher Auftakt des Wettbewerbs von Bundesbauministerium und Wohnungswirtschaft

Berlin – Die Teilnehmer beim europaweiten Wettbewerb um den Abschluss einer Rahmenvereinbarung für serielles Bauen stehen fest. Aus der unerwartet hohen Bewerberanzahl hat der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW als Vergabestelle die gemäß Ausschreibung bestplatzierten Teilnahmeanträge ausgewählt. Bis Ende Oktober 2017 können die ausgewählten Teilnehmer ihre konkreten Angebote für seriellen und modularen Wohnungsbau einreichen.

Das europaweite Ausschreibungsverfahren, das vom Bundesbauministerium (BMUB) und dem Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW gemeinsam mit der Bundesarchitektenkammer und der Bauindustrie Ende Juni gestartet wurde, war in kurzer Zeit auf ein breites Interesse gestoßen. Über 40 Bieter und Bietergemeinschaften hatten sich beworben.

In einem weiteren Schritt erfolgt ab Anfang Dezember die Prüfung und Bewertung der Angebote nach speziell ausgearbeiteten Kriterien durch ein eigens einberufenes Bewertungsgremium, das sich aus Experten der Bau- und Wohnungswirtschaft, Forschung und des Bundesbauministeriums zusammensetzt. Ziel des Wettbewerbs ist es, im Frühjahr 2018 eine Rahmenvereinbarung über den Neubau von mehrgeschossigen Wohngebäuden in serieller und modularer Bauweise mit insgesamt fünf bis zehn Bietergemeinschaften aus Planung und Ausführung abzuschließen.

Technologieoffene Verfahren

„Mit den von der Bauindustrie kürzlich prognostizierten 320.000 neuen Wohnungen bis Ende 2017 sind wir jetzt ganz nah dran an den jährlich benötigten 350.000 neuen Wohnungen. Das zeigt, dass wir in den letzten drei Jahren mit dem Bündnis

für bezahlbares Wohnen und Bauen die Trendwende am Wohnungsmarkt geschafft haben. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit serieller und modularer Bauweise einen weiteren Beitrag leisten können, um die Baukosten zu verringern und mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Deshalb freue ich mich, dass wir mit dem europaweiten Wettbewerb eine so große Resonanz bei Architekten, Fachplanern und der Wohnungs- und Bauwirtschaft erreicht haben und die ausgewählten Teilnehmer jetzt zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden können. Da das Verfahren technologieoffen angelegt ist, erhoffen wir uns, dass in den Angeboten die große Vielfalt des seriellen und modularen Bauens zum Ausdruck kommt und architektonisch und städtebaulich hochwertige Lösungen präsentiert werden“, so Bundesbauministerin Barbara Hendricks.

Serielle Konzepte

Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, freute sich über das Erreichen einer weiteren Etappe auf dem Weg zu mehr preisgünstigem Wohnungsbau in hoher Qualität: „Zahlreiche Bewerber haben sehr qualifizierte Teilnahmeanträge eingereicht, die für die nächste Phase des Wettbewerbs eine Abgabe von

zielführenden Lösungen versprechen. Schon Anfang 2018 werden wir aller Voraussicht nach schnell realisierbare Wohnungsbaukonzepte anbieten können. Die neuen seriellen Konzepte sind ein wichtiger Baustein für mehr bezahlbares Wohnen in Deutschland. Insgesamt brauchen wir bis 2020 jährlich 80.000 neue Sozialwohnungen und zusätzlich 60.000 Einheiten im bezahlbaren Wohnungssegment.“

Geringere Vorlaufzeiten

Das neuartige Verfahren bietet insbesondere öffentlichen Wohnungsunternehmen den Vorteil, konkrete Angebote aus der Rahmenvereinbarung mittels Einzelaufträgen direkt zu realisieren – zu einem festen Preis, der alle Kosten bis auf die lokale Anpassung umfasst. Die Vorlaufzeiten für Bauvorhaben sollten sich durch dieses Verfahren wesentlich verkürzen.

Die Partner aus dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen setzen mit dem erstmals gemeinsam von Bauplaner- und Ausführerseite durchgeführten Ausschreibungsverfahren ein wesentliches Ergebnis der Baukostenenkommision um. (schi) ■

➔ [Alle Infos zum Ausschreibungsverfahren sind unter http://web.gdw.de/seriellesbauen elektronisch einsehbar.](http://web.gdw.de/seriellesbauen)

Bessere Unterstützung für Verbraucher in benachteiligten Stadtteilen

Bonn – Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) Ulrich Kelber und Baustaatssekretär Gunther Adler (BMUB) haben Anfang September in Bonn-Tannenbusch den Startschuss für das ressortübergreifende Modellprogramm „Verbraucher stärken im Quartier“ gegeben. Das Programm hat das Ziel, Menschen in ihrem direkten Wohnumwelt Verbraucherschutzinformationen an die Hand zu geben. Bis 2020 sollen bundesweit insgesamt 16 Modellprojekte gefördert werden.



Foto: BMUB/Nicole Graf

Startschuss für das ressortübergreifende Modellprogramm „Verbraucher stärken im Quartier“.

Die Umsetzung des gemeinsamen Modellprogramms von BMJV und BMUB erfolgt im Rahmen der 2016 vom Bundeskabinett beschlossenen ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt „Nachbarschaften stärken – Miteinander im Quartier“.

Ziel der Strategie ist es, benachteiligte Quartiere und Nachbarschaften besser zu unterstützen. Dazu werden städtebauliche Investitionen in öffentliche Plätze, in das Wohnumfeld und die soziale Infrastruktur mit der Förderung von lebendigen Nachbarschaften, sozialem Zusammenhalt und

Hilfe zu Selbsthilfe verknüpft.

„Wir haben das Programm Soziale Stadt in dieser Legislaturperiode deutlich aufgestockt, um Nachbarschaften mit großen sozialen Integrationsanforderungen noch besser zu unterstützen. Aber wir wissen: Mit baulichen Investitionen alleine ist es nicht getan. Deshalb hat die Bundesregierung die ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt beschlossen. Alle Ministerien verpflichten sich darin, ihre Förderinstrumente besonders in benachteiligten Stadt-

Weiter auf Seite 4 ➔

➔ Fortsetzung von Seite 3

teilen einzusetzen. Ich bin froh, dass wir heute gemeinsam mit dem BMJV eines der ersten ressortübergreifenden Modellprogramme für diese Quartiere und die dort lebenden Menschen starten“, so Adler.

Staatssekretär Kelber bekräftigte die Worte seines Vorredners: „Es war längst an der Zeit, dass der Verbraucherschutz endlich dort hinkommt, wo die Menschen ihren Alltag verbringen – in ihren Vierteln und Wohngebieten. Mit dem bundesweit einmaligen und neuen Programm können gerade Menschen in schwieriger Lebenssituation schnell und unbürokratisch Unterstützung zum Beispiel bei Fragen rund um

den Handyvertrag erhalten. Aufsuchende Verbraucherarbeit wird in den beiden vom BMJV geförderten Pilotprojekten in Bonn-Tannenbusch und Halle an der Saale bereits sehr erfolgreich gelebt. Umso mehr freue ich mich, dass diese Arbeit fort- und weiterentwickelt werden kann. Verbraucherschutz lebt vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die unterstützenden Angebote und Information. Mit diesem Programm gehen wir diesen, in den letzten vier Jahren, erprobten Weg kontinuierlich weiter.“

Niedrigschwellige Angebote

Das Programm „Verbraucher stärken im Quartier“ soll Menschen zu Fragen des

Verbraucherschutzes informieren. Durch niedrigschwellige Angebote der Verbraucherzentralen sollen im Wohnumfeld nachhaltige Hilfs- und Unterstützungsstrukturen geschaffen werden, die allen im Quartier lebenden Menschen zu Gute kommen. Dabei werden vorhandene Angebote und Akteure im Quartier, wie zum Beispiel das vor Ort tätige Quartiersmanagement, in die Planung und Durchführung der Vorhaben einbezogen.

Die Förderung erfolgt ausschließlich in festgelegten Gebieten des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt, um gezielt Menschen in benachteiligten Quartieren zu unterstützen. (schrüllkön) ■

AUS DEN VERBÄNDEN

So kann Sachsen wieder wachsen!

Dresden – Sachsen kann wieder wachsen! Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage unter allen in Deutschland außerhalb des Freistaats lebenden volljährigen Menschen, die der vdw Sachsen Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft im August 2017 in Auftrag gegeben hat.

Mehr als ein Drittel aller außerhalb Sachsens lebenden volljährigen Menschen könnten sich demnach unter bestimmten Bedingungen vorstellen, nach Sachsen zu ziehen. Unter den Ostdeutschen, inklusive Berlin, fällt die Umfrage noch günstiger für Sachsen aus, hier können sich 43,3 Prozent bei den richtigen Voraussetzungen vorstellen her- beziehungsweise wieder zurückzuziehen. Auch bei den mit 18 bis 29 Jährigen Menschen, die für die Besetzung der Arbeitsplätze und eine langfristige Perspektive auf dem Wohnungsmarkt besonders wichtig sind, ist die Bilanz noch ein Stück positiver als im Gesamtdurchschnitt. Hier können sich ebenfalls fast 40 Prozent grundsätzlich vorstellen, nach Sachsen zu kommen. Hauptkriterien bei allen Befragten für einen Umzug oder Rückzug nach Sachsen sind vor allem gute Berufsaussichten, attraktive Wohnbedingungen und familiäre Bindungen.

„Dieses Ergebnis ist für Sachsen und uns als Wohnungswirtschaft sehr ermutigend“, kommentiert Rainer Seifert, Verbandsdirektor des vdw, die Umfrage. „Entscheidend ist, dass wir diese Chance nun auch nutzen.“ Elementar sei zudem, dass von diesem Wachstumspotenzial nicht allein die sächsischen Metropolen Leipzig, Dresden und Chemnitz profitieren. Dafür gibt es nach Auffassung des vdw Sachsen vier entscheidende Hebel: Stadtentwicklung, Arbeitsmarkt, Image und Soziales.

Stadtentwicklung

Der vdw Sachsen spricht sich dafür aus,

neben dem nach wie vor notwendigen Rückbau ebenso Neubau und Sanierung zu fördern – und zwar auch in den ländlichen Regionen. Fahrstühle und Balkone gehören inzwischen zu erwarteten Standards. „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass hochwertiger Wohnraum selbst in den sogenannten strukturschwächeren Gebieten hervorragend angenommen wird und diese Wohnungen sich schnell vermieten lassen“, erläutert Rainer Seifert.

Im Gegenzug dürfen Sozialwohnungen nicht allein in den Metropolen zur Verfügung stehen, um den Sogeffekt nicht noch zu verstärken. „Hier müssen auch Menschen, die keine Transferleistungen erhalten aber unterhalb des Durchschnitts verdienen, ebenfalls die Möglichkeit haben, günstigen oder geförderten Wohnraum zu beziehen.“ Generell müsse der Fokus auf familiengerechte und nicht allein altengerechte Wohnungen liegen, um ein gutes Verhältnis zwischen allen Generationen zu gewährleisten. Selbstverständlich sei, dass das Wohnumfeld ebenfalls attraktiv gestaltet sein müsse.

Arbeitsmarkt

Um den Wohnungsleerstand zu verringern, braucht es Menschen. Dasselbe gilt für Arbeitsstellen, von denen in Sachsen immer mehr unbesetzt bleiben – in den Metropolen und auf dem Land. „Wir fordern daher einen leichteren Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt“, erklärt Rainer Seifert. Er stellt damit die aktuell noch geltenden Beschränkungen, etwa sogenannte Positivlisten für Mangelberufe, infrage. Generell

müsse die Vermittlung, Besetzung, Qualifizierung und Sprachförderung von Ausländern erleichtert werden und generell bürokratische Bürden in diesem Zusammenhang abgebaut werden.

Image

Wer Menschen für sich gewinnen will, der muss gezielt an seinem Image, seiner Außenwirkung, arbeiten. Das gilt nicht nur für Unternehmen, sondern insbesondere auch für die Städte, Kommunen, Regionen und das Land Sachsen. Die Konkurrenz untereinander ist groß und wird sich verschärfen. Nur wer hier aktiv und offensiv Akzente setzt, kann vom vorhandenen Potenzial partizipieren.

Soziales

Die oben genannte Umfrage hat gezeigt, dass Arbeitsplatz, Wohnung und Familie die drei wesentlichen Faktoren sind, um seinen Lebensmittelpunkt zu wählen. Also müssen diese drei Rahmenbedingungen möglichst optimal harmonisieren und aufeinander abgestimmt sein. „Eine garantierte Ganztagsbetreuung der Kinder vom Krippenalter bis zur Grundschule wäre daher eine ideale Voraussetzung“, erläutert Seifert. Bei einem anderen wichtigen Thema, der Zuwanderung, setzt er auf bessere Integration. Dazu brauche es weniger Akteure, dafür aber mehr Verantwortung und Spielraum. (müllkön) ■

➔ Der vdw Sachsen hat mehrere Positions- und Forderungspapiere zu diesen Themen veröffentlicht. Weitere Informationen: www.vdw-sachsen.de

Konfliktmanagement

10. Oktober 2017, Bochum

Dieses Seminar richtet sich an Verwalter von Wohnungseigentümergeinschaften. Wenn ein Streit zwischen einzelnen Eigentümern oder Eigentümergruppen eskaliert, besteht auch die Gefahr, dass dieser Konflikt auf dem Rücken der Verwaltung ausgetragen wird. Endlose Eigentümerversammlungen und wechselseitige Beschwerden stapeln sich und beanspruchen Nerven und Zeit. Daher ist es wichtig Konflikte zwischen Eigentümern frühzeitig zu erkennen und Wege zur Beilegung des Streits anzubieten. Themen dieses Seminars sind unter anderem, was ist ein Konflikt, wie entsteht er und wie wird eine drohende Eskalation erkannt. Wie läuft eine Mediation ab und für welchen Konflikt ist sie geeignet.

Weitere Infos: EBZ, Dominik Dennemark, Telefon: 0234/9447575, E-Mail: akademie@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

Bautechnisches Grundwissen

11. Oktober 2017, Berlin

Dieses Seminar richtet sich an Mitarbeiter aus dem Bestandsmanagement, Vermieter und alle Mitarbeiter mit Verwaltungsaufgaben. Inhaltliche Schwerpunkte des Seminars sind, Grundlagen der Bauweisen und -typen der verschiedenen Bauzeitalter, Grundlagen zu Baustoffen, Bauweisen und Sanierung bei Wänden, Decken und Fußböden sowie Standards in der Elektroinstallation, Heizungstechnik und sanitären Ausstattung. Das Erkennen von Bauweisen und Baustoffen, die Feststellung von Defiziten und Problemen sowie das Ableiten von Handlungserfordernissen und Problemlösungsstrategien werden als Lernziele erarbeitet.

Weitere Infos: BBA, Christoph Dormeier, Telefon: 030/23085541, E-Mail: christoph.dormeier@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de

Vorbereitungslehrgang

16.- 18. Oktober 2017, Hamburg

Der Vorbereitungslehrgang für die IHK Prüfung der Immobilienkaufleute im Bereich spezielle Betriebswirtschaftslehre bietet Auszubildenden eine gründliche Vorbereitung auf die Abschlussprüfung. Inhalte des Prüfungsfachs „Spezielle Betriebswirtschaftslehre“ werden an Hand von Theorie und praktischen Übungen vermittelt.

Weitere Infos: vnvw, Kerstin Haase, Telefon: 040/52011212, E-Mail: haase@vvnw.de, Internet: www.vvnw.de

PERSÖNLICHES

Norbert Endler, Vorstandsmitglied der Familienheim Pforzheim Baugenossenschaft eG, feierte am 11. September 2017 seinen

65. Geburtstag. Er ist Mitglied im Fachausschuss Planung, Technik und Energie des GdW.

IMPRESSUM

wi Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Andreas Schichel, Klaus Schrader,
Anne-Sophie König

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel.: 030 82403-151
Fax: 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg:
Hufnerstraße 28
22083 Hamburg
Tel.: 040 211165-32
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Media Sales (Print/Online):
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731
E-Mail: oliver.cekys@haufe.de
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733
E-Mail: klaus.sturm@haufe.de
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41
E-Mail: heike.tiedemann@haufe.de

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2017.
www.mediacenter.haufe.de

Druck: rewi druckhaus, Wissen

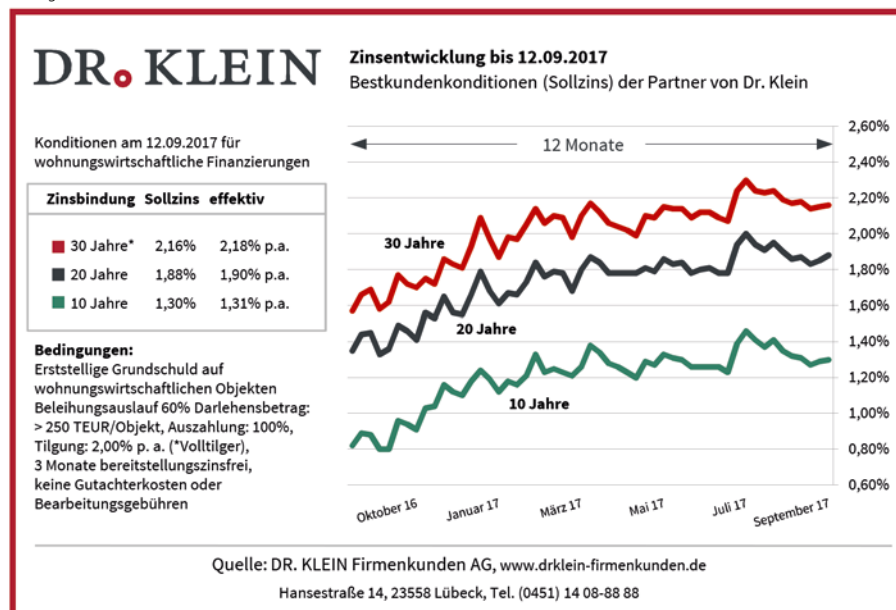
Bezugspreis jährlich:
120,75 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt eingedachte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Nachdruck oder elektronische Weiterverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

Anzeige

**wi Online-Archiv**

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter www.haufe.de/immobilien in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „Zeitschriften“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf www.haufe.de verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „Meine Produkte starten“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

Sonderausgabe der „wi“ zur Bundestagswahl 2017 erschienen



Wenige Tage vor der Bundestagswahl am 24. September ist eine Online-Sonderausgabe der „wi – wohnungspolitische Informationen“ erschienen.

Seit Mitte Juni hat die wi-Redaktion die Bundestagsfraktionen zu den brennendsten Themen der Wohnungspolitik befragt. Welche Strategien haben sich die politischen Parteien überlegt, um Wohnungsmangel, Auflagenflut und steigenden Baukosten entgegenzuwirken?

Die Antworten kamen stellvertretend von Michael Groß, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Marie-Luise Dött, baupolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Caren Lay, Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE und Chris Kühn, Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. (kön) ■

Die Online-Sonderausgabe zur Wahl finden Sie unter diesem Kurz-Link <https://goo.gl/AwMi6m> oder indem Sie den QR-Code scannen:



Recht so

Kein Nachtragsanspruch bei Schlechtwetter

Mit Urteil vom 20. April 2017 hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, dass es einen Anspruch auf Bauzeitenverlängerung gibt, wenn es während der Bauarbeiten zu außergewöhnlich ungünstigen Witterungseinflüssen in Form von Frost, Eis und Schnee mit denen der Auftragnehmer bei Angebotsabgabe nicht rechnen musste, kommt. Allerdings – so der BGH – müsse der Auftraggeber keine Entschädigung nach Paragraph 642 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) für die entstehenden Mehrkosten zahlen. Der Sachverhalt betraf Bauarbeiten einer Autobahnbrücke, die aufgrund einer ungewöhnlichen Kälteperiode für lange Zeit nicht fortgeführt werden konnten. Der Auftraggeber hat zwar den Anspruch auf zusätzliche Bauzeit anerkannt, weigerte sich jedoch die Mehrkosten aufgrund des Baustillstands an den Auftragnehmer zu zahlen. Zu Recht, wie der BGH meint (Az.: VII ZR 194/13).

EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Nach der hier streitentscheidenden Vorschrift des Paragraph 642 BGB ist eine Entschädigung nur dann zu zahlen, wenn der Auftraggeber nicht „mitgewirkt“ hat und deshalb die Verzögerung eingetreten ist. Auch wenn der Begriff der Mitwirkung weit auszulegen ist, so lag doch hier ein unabwendbares Ereignis vor, was eben nicht zu einer Entschädigung führt. Anders etwa, wenn das Baugrundstück nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurde. Entscheidend ist also die Frage, ob die Verzögerung abwendbar oder unabwendbar ist.“



Foto: Sebastian Schobbert

ZAHL DER WOCHE

4.828

Wahlbewerber treten zur Bundestagswahl am 24. September 2017 an, darunter 1.400 Frauen (29 Prozent). Dies gab der Bundeswahlleiter bekannt. Bei der letzten Wahl im September 2013 hatten sich 4.451 Kandidaten beworben. Nur bei der Bundestagswahl 1998 hatte die Zahl der Bewerbungen mit 5.062 noch höher gelegen. Bei der kommenden Bundestagswahl bewerben sich 885 Personen nur in einem Wahlkreis sowie 2.269 Kandidatinnen und Kandidaten ausschließlich auf einer Landesliste. 1.674 Personen kandidieren sowohl in einem Wahlkreis als auch auf einer Landesliste. Den höchsten Frauenanteil auf den Landeslisten der bisher im Bundestag vertretenen Parteien haben Bündnis90/Die Grünen (50,5 Prozent) dicht gefolgt von der Partei Die Linke (50,3 Prozent). Den niedrigsten Frauenanteil hat die Landesliste der CSU in Bayern (27 Prozent). Noch weniger Kandidatinnen finden sich auf den Landeslisten von FDP (22,6 Prozent) und AfD (12,8 Prozent), die nach Umfragen auch in den Bundestag einziehen könnten. ■